

Der Bankrott der Agenda-Politik

Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze sind eine soziale Katastrophe. Wer arbeitslos wird, fällt nach 12 Monaten aus dem Arbeitslosengeld I raus und bekommt nur noch das Existenzminimum.

- Hartz IV ist Arbeitszwang. Wer nicht zu jeder Bedingung arbeitet, bekommt weniger Geld.
- Hartz IV macht die Löhne kaputt. Anständiger Lohn für Arbeit lässt sich nur schwer durchsetzen, wenn es daneben den Zwang zur Arbeit gibt.
- Hartz IV macht arm. Die Kinderarmut ist seit Einführung von Hartz IV explodiert.

Die Agenda schafft keine Arbeit, sondern vernichtet sie. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs ist beständig gesunken. Die Arbeitslosen-Statistik verschleiern die reale Situation.

Von Hartz IV zu Hartz IV B

Und es wird noch schlimmer. Die Bundesregierung will zum 1.1.2009 ein neues Gesetz zur „Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ in Kraft treten lassen. Die geplanten Neuerungen:

Wer in einer beschäftigungspolitischen Maßnahme ist, erwirbt in keinem Fall mehr Ansprüche auf Arbeitslosengeld I. Für Langzeitarbeitslose gibt es keine ABM-Stellen mehr.

Der Arbeitszwang wird weiter verschärft. Widersprüche gegen Sanktionen der BAGIS haben keine aufschiebende Wirkung mehr. Arbeitslose sollen verstärkt im Bereich der Altenpflege eingesetzt werden. Damit werden noch mehr reguläre Stellen vernichtet.

DIE LINKE fordert: Mehr Geld, mehr Rechte!

Von Arbeit muss man leben können. Öffentlich geförderte Beschäftigung muss armutsfest sein. Der rot-grüne Senat muss dafür sorgen, dass die Löhne in Beschäftigungsprogrammen armutsfest werden!

Arbeitszwang ist ein Skandal. Die Sanktionen der BAGIS und der ARGE, von denen jede dritte bzw. jede zweite unrechtmäßig ist, müssen beendet werden!

Wer arbeitet, muss Anspruch auf Arbeitslosengeld erwerben. Die SPD muss endlich abrücken von der Agenda 2010, anstatt sie mit der bundesweiten „Neuausrichtung der Instrumente“ noch weiter zu verschärfen!

Öffentlich geförderte Beschäftigung darf nicht dazu missbraucht werden, den öffentlichen Dienst abzubauen. Rot-Grün will bis 2012 weitere 700 Vollzeitstellen im öffentlichen Dienst und über 900 Vollzeitstellen in den öffentlichen Kliniken abbauen – das muss gestoppt werden!

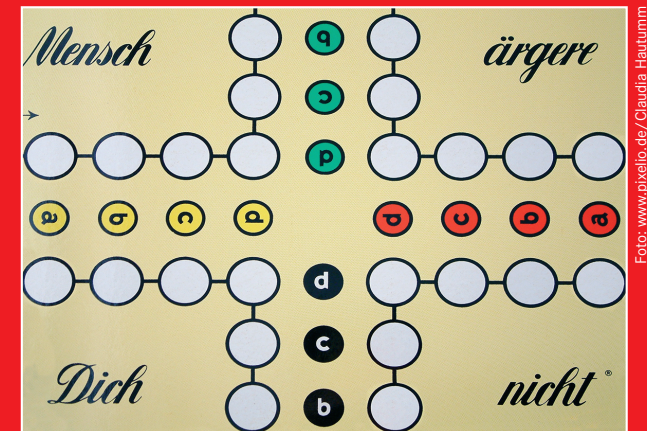
Wir brauchen Mindestlöhne und armutsfeste Einkommen – als eine Grenze, unter die niemand fallen darf, ob beschäftigt oder arbeitslos!

Hartz IV muss weg!

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

Tiefer 8, 28195 Bremen
Telefon: 0421 205297-0
Telefax: 0421 205297-10
www.linksfraktion-bremen.de
mail@linksfraktion-bremen.de
V.i.S.d.P.: Leo Stefan Schmitt



Dann geh' doch zur BAGIS

Arm trotz Arbeit –
dank Bundesregierung
und Bremer Senat

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

Juchu, ein Job!

35.000 Menschen in Bremen und Bremerhaven sind arbeitslos, offene Stellen gibt es 7.000. In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit muss der Staat aktiv werden, um Menschen in Arbeit zu bringen. Gerade in den sozial besonders betroffenen Stadtteilen. Deshalb gibt es öffentlich geförderte Beschäftigung.

Ein-Euro-Jobs sind keine Lösung. Wer einen Ein-Euro-Job macht, muss weiter zur BAgIS oder zur ARGE Bremerhaven gehen, hat weder Urlaubsanspruch noch Anspruch auf Lohnfortzahlung bei Krankheit. So entstehen ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse! Deshalb sollten statt der Ein-Euro-Jobs lieber mehr sozialversicherungspflichtige Jobs mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Das haben auch SPD und Grüne im Jahr 2007 versprochen. Seit 2008 gibt es das neue Beschäftigungsprogramm („bremen produktiv“), mit dem 300 Arbeitslose in Arbeit gebracht werden sollen.

... aber kein Geld!

Viele der Beschäftigten staunen aber nicht schlecht, als sie, oft zum ersten Mal nach langer Arbeitslosigkeit, ihren Lohnzettel in der Hand hielten. 200 Euro weniger, als sie im Ein-Euro-Job hatten? 770 Euro netto für einen Vollzeitjob? Das kann doch nicht wahr sein!

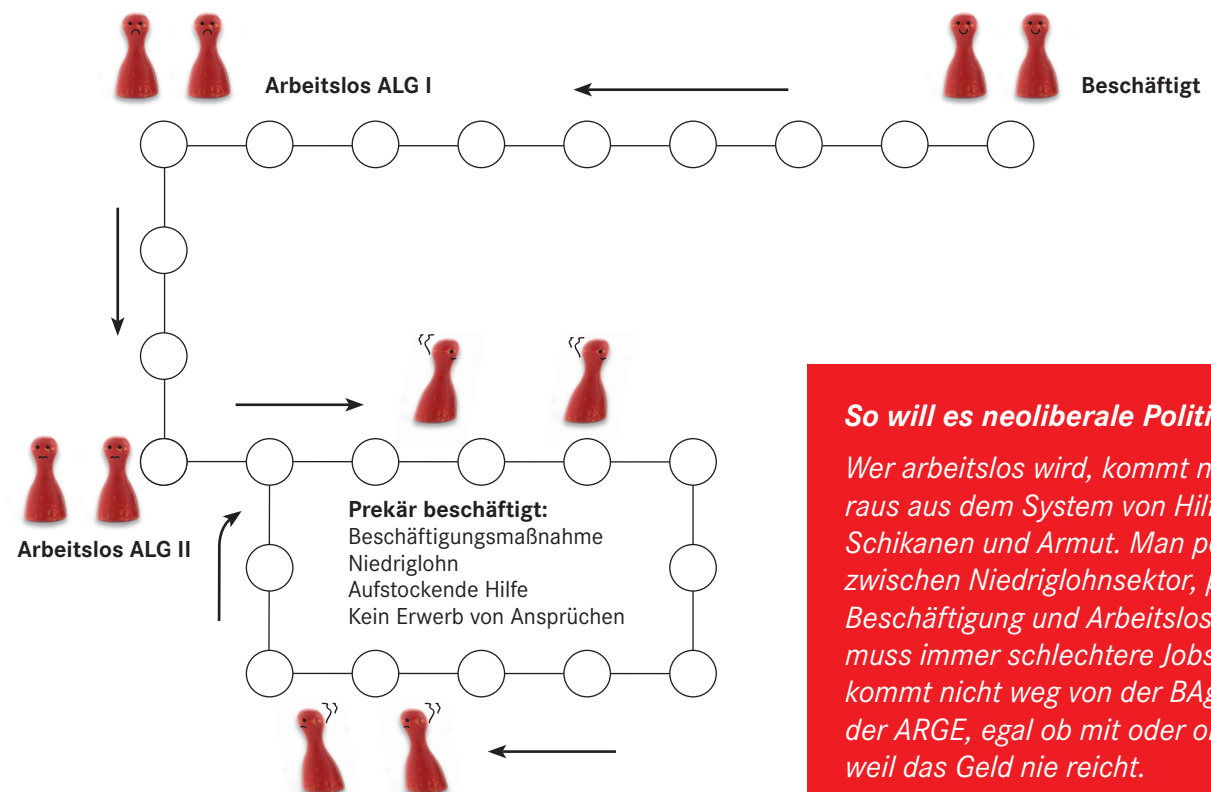
Beschäftigte in Beschäftigungsprogrammen werden bezahlt nach dem sogenannten VBB-Tarif, einer Rahmenvereinbarung des „Verbands Bremer Beschäftigungsträger“ (heute VaDiB). Für „einfache Tätigkeiten“ gibt es 1.000 Euro brutto bei Vollzeit. Unter den am schlechtesten bezahlten Jobs ist der Frauenanteil besonders hoch.

„Geht doch zur BAgIS!“

400 Euro mehr Brutto müssten es sein, damit die Jobs armutsfest werden. Dann kämen 1.030 Euro netto raus. Handeln muss der Senat! Denn die Beschäftigungsträger können ihre Tarife nur anheben, wenn sie auch höhere Zuschüsse bekommen.

Darauf aber hat Rot-Grün keine Lust. Die Vermeidung von Hilfebedürftigkeit sei „nur ein Ziel“ des Programms gewesen, das nun eben nicht erreicht werde, teilt das Ressort mit. Die Betroffenen könnten ja zur BAgIS bzw. zur ARGE gehen und aufstockende Hilfen zum Unterhalt beantragen. Na großartig!

Vollzeit arbeiten und trotzdem weiter bei BAgIS oder ARGE sitzen. **Das ist der politische Bankrott von Beschäftigungspolitik!**



Rot-Grün muss handeln!

Armutsfeste Entlohnung in den Beschäftigungsprogrammen kostet den Senat gar nicht mehr Geld. An den Mehrkosten für höhere Löhne ist das Land nämlich nur zu 25 Prozent beteiligt. Vom aufstockenden Arbeitslosengeld für Niedriglöhne muss die Kommune dagegen 70 Prozent berappen. Und wer arbeitet und trotzdem weniger als 1.030 Euro netto verdient, hat nun mal Anspruch auf aufstockende Hilfen.

Rot-Grün gibt also Geld dafür aus, dass die Beschäftigten weniger Lohn kriegen und zusätzlich zur BAgIS oder zur ARGE müssen. Versteht das jemand? Oder spekuliert man einfach drauf, dass die Leute ihre Rechte nicht kennen und darauf verzichten, zusätzlich zu BAgIS oder ARGE zu gehen?

So will es neoliberale Politik:

Wer arbeitslos wird, kommt nicht mehr raus aus dem System von Hilfebezug, Schikanen und Armut. Man pendelt zwischen Niedriglohnsektor, prekärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, muss immer schlechtere Jobs machen, kommt nicht weg von der BAgIS oder der ARGE, egal ob mit oder ohne Arbeit, weil das Geld nie reicht.